Antrag auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Beratung

BO

Rd.Erl. des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz II.5 vom 14.10.2024 in der jeweils gültigen Fassung

Eingangsstempel

An den
Direktor der Landwirtschaftskammer NRW
als Landesbeauftragter
EU-Zahlstelle, Förderung
Nevinghoff 40
48147 Münster

Maßnahme-Nr.: 540

Antragseingang erfasst

am _____

durch _____

lfd. Nr. Antrag _____

Hinweis:
Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die Angaben vollständig sind und der Antrag rechtzeitig eingereicht wird. Die Bearbeitung des Antrages erfolgt mit Hilfe der EDV.

1.Antragsteller/in

Name, Vorname (Beratungsorganisation):

Straße, Hausnummer:

PLZ, Wohnort:

Unternehmernummer:

Telefon:

Telefax:

e-Mail:

Es gilt die im InVeKoS für mein Geschäftskonto angegebene Bankverbindung.

1.1 KMU-Erklärung

☐ Es handelt sich um ein Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen.

Mein / Unser Unternehmen sowie meine / unsere verbundenen Unternehmen 1) und Partnerunternehmen 2) ist / sind in Bezug auf das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr (sofern nicht abweichend von den beiden letzten abgeschlossenen Geschäftsjahren; bei Neugründern ohne abgeschlossenes Geschäftsjahr sind die Werte nach Treue und Glauben zu schätzen; Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt.) ein:

(gemäß Definition des Anhangs I der Verordnung (EU) 2022/2472)	Mitarbeitendenzahl (Vollzeitarbeitskraft)	Jahresumsatz oder Jahresbilanzsumme (in Mio. Euro)	
☐ Kleinstunternehmen	< 10	max. 2	max. 2
☐ Kleines Unternehmen	10 bis < 50	> 2 bis max. 10	> 2 bis max. 10
☐ Mittleres Unternehmen	50 bis < 250	> 10 bis max. 50	> 10 bis max. 43

Hat das antragstellende Unternehmen ein verbundenes oder Partnerunternehmen? ☐ ja ☐ nein

[1] „Verbundene Unternehmen“ sind Unternehmen, die zueinander in einer der folgenden Beziehungen stehen:
a) ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Aktionäre oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens;
b) ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen;
c) ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben;
d) ein Unternehmen, das Aktionär oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Aktionären oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Aktionären oder Gesellschaftern aus.

[2)] „Partnerunternehmen“ sind alle Unternehmen, die nicht als verbundene Unternehmen im Sinne von [1)] gelten und zwischen denen folgende Beziehung besteht: Ein Unternehmen (das vorgeschaltete Unternehmen) hält — allein oder gemeinsam mit einem oder mehreren verbundenen Unternehmen im Sinne von [1)] — 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte eines anderen Unternehmens (des nachgeschalteten Unternehmens).

Ein Unternehmen gilt jedoch weiterhin als eigenständig, also als Unternehmen ohne Partnerunternehmen, auch wenn der Schwellenwert von 25 % erreicht oder überschritten wird, sofern es sich um folgende Kategorien von Investoren handelt und unter der Bedingung, dass diese Investoren nicht im Sinne von [1)] einzeln oder gemeinsam mit dem betreffenden Unternehmen verbunden sind:
a) staatliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften, natürliche Personen beziehungsweise Gruppen natürlicher Personen, die regelmäßig im Bereich der Risikokapitalinvestition tätig sind und die Eigenkapital in nicht börsennotierte Unternehmen investieren („Business Angels“), sofern der Gesamtbetrag der Investition dieser „Business Angels“ in ein und dasselbe Unternehmen 1 250 000 EUR nicht überschreitet;
b) Universitäten oder Forschungszentren ohne Gewinnzweck;
c) institutionelle Investoren einschließlich regionaler Entwicklungsfonds;
d) autonome Gebietskörperschaften mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5 000 Einwohnern.

Es besteht die Vermutung, dass kein beherrschender Einfluss ausgeübt wird, sofern sich die in [2.)] Unterabsatz 2 genannten Investoren nicht direkt oder indirekt in die Verwaltung des betroffenen Unternehmens einmischen — unbeschadet der Rechte, die sie in ihrer Eigenschaft als Aktionäre oder Gesellschafter besitzen.
Unternehmen, die durch ein oder mehrere andere Unternehmen oder einen der in [2.)] genannten Investoren untereinander in einer der in Unterabsatz 1 genannten Beziehungen stehen, gelten ebenfalls als verbunden.
Unternehmen, die durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen miteinander in einer dieser Beziehungen stehen, gelten gleichermaßen als verbundene Unternehmen, sofern diese Unternehmen ganz oder teilweise in demselben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind.
Als „benachbarter Markt“ gilt der Markt für ein Erzeugnis oder eine Dienstleistung, der dem betreffenden Markt unmittelbar vor- oder nachgelagert ist.

☐ Es handelt sich **nicht** um ein Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen.
Die beigefügten Informationen zu den De-minimis-Regelungen wurden zur Kenntnis genommen und die erforderlichen Unterlagen sind beigefügt.

Ich erkläre, dass es sich bei o.g. Unternehmen um

☐ **kein** Unternehmen in Schwierigkeiten handelt (Anlage Erklärung Unternehmen in Schwierigkeiten)

☐ **kein** Unternehmen handelt, das Rückforderungsandrohungen der Europäischen Kommission nicht nachgekommen ist (siehe Punkt 7.2.13 der Erklärungen)

2. Durchführung des Beratungsmoduls:	von der Bewilligungsbehörde festgestellt als **korrekt/ vorhanden**
☐ in einem landwirtschaftlichen Betrieb	☐
☐ in einem gartenbaulichen Betrieb	☐
Angaben zum landwirtschaftlichen/ gartenbaulichen Betrieb	
Unternehmernummer	☐
Name, Vorname	☐
Straße, Hausnummer	☐
PLZ, Wohnort	☐
Beratungskraft 1 (Name, Vorname):	☐
Beratungskraft 2 (Name, Vorname):	☐
Beratungskraft 3 (Name, Vorname):	☐
Datum Abschluss Beratungsvertrag:	☐

3. Beratungskosten
Die voraussichtlichen Beratungsstunden ergeben sich aus dem Beratungsvertrag.

	Anzahl Beratungs-stunden	**Beantragter Festbetrag in €**	**von der Bewilligungs-behörde festgestellt als zuwendungsfähig in €**
Zuwendungsfähige Kosten			
4. Bewilligung	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) 2025		von der Bewilligungsbehörde festgestellt in €
Beantragter Festbetrag			
Zuwendungsfähiger Festbetrag			
Bewilligte Zuwendung			

5.1 Gegenstand der Förderung:
Es wird eine Zuwendung beantragt für die Erbringung einer Beratungsleistung zum Beratungsmodul (**Bitte nur <u>ein</u> Modul angeben**):

- ☐ Modul 1a: Arbeitswirtschaft und Betriebsorganisation
- ☐ Modul 1b: Sozioökonomische Stabilisierung der Betriebe
- ☐ Modul 1c: Wirtschaftliche Stabilisierung der Betriebe
- ☐ Modul 1d: Verarbeitung und Vermarktung
- ☐ Modul 1e: Digitalisierung – Tierhaltung und Futterbau
- ☐ Modul 1f: Digitalisierung – Pflanzen und Sonderkulturanbau
- ☐ Modul 1g: Biogasanlagen
- ☐ Modul 2a: Acker-, Gemüse- und Obstbau
- ☐ Modul 2b: Ackerbauliche Spezialkulturen und Leguminosen
- ☐ Modul 2c: Agroforstsysteme
- ☐ Modul 2d: Agri-Photovoltaik (orientiert an DIN Spec 91 434)
- ☐ Modul 2e: Humusaufbau
- ☐ Modul 2f: Pflanzenschutzmittelreduktion
- ☐ Modul 2g: Optimierung der einzelbetrieblichen Nährstoffbilanzen
- ☐ Modul 3a: Nachhaltige und tiergerechte Haltung von Schweinen
- ☐ Modul 3b: Nachhaltige und tiergerechte Haltung von Geflügel
- ☐ Modul 3c: Nachhaltige und tiergerechte Haltung von Rindern und weiteren Wiederkäuern
- ☐ Modul 3d: Optimierung der einzelbetrieblichen Nährstoffbilanzen in der Tierhaltung
- ☐ Modul 4a: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel
- ☐ Modul 4b: Nachhaltigkeitsberatung
- ☐ Modul 4c: Energieeffizienz Check
- ☐ Modul 5a: Grundmodul Umstellungsberatung
- ☐ Modul 5b: Aufbaumodul Umstellungsberatung
- ☐ Modul 5c: Ökologischer Acker- und Pflanzenbau, einschließlich Sonderkulturen
- ☐ Modul 5d: Ökologische Tierhaltung

5.2 Bestätigungen:

- ☐ Die geförderte Maßnahme wird nicht bereits über anderweitige Förderprogramme gefördert.
- ☐ Die Voraussetzungen nach den Nummern 3 und 4.1 bis 4.3 der Richtlinien haben sich nicht geändert und werden weiterhin eingehalten.

5.3 Beantragte Förderung:

Ich beantrage hiermit eine De-minimis-Beihilfe (bitte Ziffer 7.2.9 und 7.2.10 beachten) ☐ ja

6. Anlagen		**Von der Bewilligungsbehörde als vorhanden festgestellt**
☐	Nachweis über die Einhaltung der Voraussetzungen nach den Nrn. 3 und 4.1 bis 4.3 der Richtlinie (immer erforderlich bei Erstantrag oder bei Änderungen)	☐
☐	Kopie des Beratungsvertrages (immer erforderlich)	☐
☐	Einwilligungserklärung des Beratungsklienten zur Weitergabe personenbezogener Daten (immer erforderlich)	☐
☐	Antrag auf Bescheinigung der Förderunschädlichkeit des Beginns vor der Bewilligung	☐
☐	De-minimis-Erklärung	☐
☐	Erklärung Unternehmen in Schwierigkeiten	☐

7. Verpflichtungen, Erklärungen, Versicherung und Einverständnis

7.1 Verpflichtungen

Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns

7.1.1	jede Abweichung vom Antrag sowie alle Tatsachen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind, unverzüglich schriftlich mitzuteilen,
7.1.2	alle Änderungen hinsichtlich meiner / unserer im InVeKoS gespeicherten Adressdaten, einschließlich der Bankverbindung, unverzüglich der für mich zuständigen Kreisstelle beim Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter anzuzeigen,
7.1.3	den zuständigen Behörden des Landes Nordrhein-Westfalen, ihren Beauftragten sowie ihren Prüforganen und den entsprechenden Rechnungshöfen im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Befugnisse das Betreten von Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräumen sowie von Betriebs- oder Vertragsflächen zu gestatten,
7.1.4	alle für die Gewährung der Zuwendung notwendigen Unterlagen während des Durchführungszeitraums der Maßnahme und danach für die Dauer von weiteren fünf Jahren nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach steuerlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist,
7.1.5	auf Verlangen die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Rechnungen, Schriftstücke und Datenträger sowie sonstige Unterlagen zur Einsicht zu Verfügung zu stellen sowie Auskünfte zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren,
7.1.6	bei automatisiert geführten Aufzeichnungen auf eigene Kosten die erforderlichen Ausdrucke zu erstellen, soweit die Prüforgane dies verlangen,
7.1.7	bei automatisiert geführten Aufzeichnungen darauf zu achten, dass das hierfür verwendete System anerkannten Sicherheitsstandards entspricht und für Prüfzwecke zulässig ist,
7.1.8	Änderungen, die zu einem Interessenkonflikt führen können, unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen,
7.1.9	die Beratung innerhalb des im Zuwendungsbescheid angegebenen Durchführungszeitraums lt. Beratungsvertrag abzuschließen.

7.2 Erklärungen

Ich erkläre / Wir erklären, dass

7.2.1	die in diesem Antrag (einschließlich der Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
7.2.2	mit der Durchführung der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; Ausnahme: Der vorzeitige Maßnahmenbeginn wurde schriftlich von der Bewilligungsbehörde zugelassen,
7.2.3	bekannt ist, dass ein Anspruch auf Bewilligung aus einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn nicht hergeleitet werden kann,
7.2.4	die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der einzelbetrieblichen Beratung in gültiger Fassung bekannt sind,
7.2.5	bekannt ist, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich sind im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, 1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) in der jeweils gültigen Fassung,
7.2.6	die beigefügten und ggs. nachgereichten Anlagen Bestandteil des Antrags sind,
7.2.7	bekannt ist, dass eine bereits ausgesprochene Bewilligung widerrufen oder eine bereits ausgezahlte Zuwendung zurückgefordert wird, wenn ich / wir oder eine von mir / uns beauftragte oder bevollmächtigte Person die Kontrolle durch die Prüforgane verhindert,

7.2.8	bekannt ist, dass zu Unrecht bezahlte Beträge zuzüglich Zinsen zurückzuerstatten sind,
7.2.9	bekannt ist, dass zusätzlich die Anlage „De-minimis-Erklärung“ ausgefüllt werden muss,
7.2.10	bekannt ist, dass der Gesamtwert der gezahlten De-minimis-Beihilfen in einem Zeitraum von 3 Steuerjahren 300.000 € nicht überschreiten darf (inkl. des beantragten Zuschusses),
7.2.11	bekannt ist, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung besteht, Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel,
7.2.12	die beigefügten und ggs. nachgereichten Anlagen Bestandteile des Antrages sind.
7.2.13	keine Rückforderungsanordnung aufgrund einer früheren Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen wurde

7.3 Versicherung

Ich versichere / Wir versichern, dass

7.3.1	gegen mich / uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt, noch dass ich / wir rechtskräftig nach den §§ 10,10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde / wurden,
7.3.2	die Zuwendungen nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und dass ich/wir keine terroristische Vereinigung bin/sind oder terroristische Vereinigungen unterstütze/unterstützen.

7.4 Einverständnis

Ich bin / Wir sind damit einverstanden, dass

7.4.1	die zuständige Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel entscheidet, und ich dadurch keinen Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung habe,
7.4.2	von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können,
7.4.3	die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statischen Zwecken gespeichert werden können und eine Belehrung über die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen Widerrufbarkeit erfolgt ist,
7.4.4	alle Zuschusszahlungen ausschließlich auf die von mir / uns angezeigte und im InVeKoS gespeicherte Bankverbindung (Geschäftskonto) erfolgen,
7.4.5	Insbesondere bei der Nichteinhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen die erhaltenen Zuwendungen zuzüglich Zinsen gem. § 49 a Abs. 3 VwVfG in der jeweils geltenden Fassung zurückgefordert werden können,
7.4.6	die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und die Angaben in und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können und dass ich / wir oder meine / mein / unsere Vertreterin/Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal das Betretungsrecht und das Recht auf die angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen muss/ müssen.

(Ort, Datum)	(rechtsverbindliche Unterschrift)

Nur von der Bewilligungsbehörde auszufüllen:

Bewilligungsvermerk

Gegenstand der Förderung wird anerkannt ☐	Erstberatung ☐
Unterschrift des/der Antragsteller wird anerkannt ☐	Es gab bereits eine Beratung zu o.a. Modul. ☐

Kompletter Abschluss der vorherigen Beratung mit Verwendungsnachweisprüfung/ Auszahlung ☐

Vorlage Verwendungsnachweis bis

Durchführungszeitraum von bis

Bewilligungszeitraum von bis

Bewilligungsrahmen	Ausgabeermächtigungen (Kassenmittel)	2025	
	Verpflichtungsermächtigung zu Lasten	2026	

Auflagen / Nebenbestimmungen

Begründung für Ablehnung

Die Sichtprüfung ist erfolgt. Der Antrag wird zur Erfassung freigegeben Datum, Unterschrift der Prüferin / des Prüfers	vollständig ☐	plausibel ☐	gültig ☐	Antrag erfasst Datum, Unterschrift der Erfasserin / des Erfassers

Bei ursprünglicher Ungültigkeit des Antrages gültig am: erfasst am: durch:

Begründung für nicht zeitnahe Antragseingangserfassung (Erfassung mehr als 3 Tage nach Eingang):